

Haushaltsrede 2004

von Erhard Demmer

Vorsitzender der Fraktion
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Rhein-Kreis Neuss

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

lassen Sie mich heute mit dem Dank an die Kämmerei beginnen, die die Beantwortung all unserer Fragen zum Haushalt gut organisiert und die die Beschlüsse im Finanzausschuss gut nachvollziehbar zusammengestellt hat.

Ein besonderer Dank gilt Kreiskämmerer Peter Lerche, der gewohnt souverän in unserer Klausurtagung Rede und Antwort stand und im Finanzausschuss nicht nur sachgerechte Auskünfte geben konnte, sondern auch klar Stellung bezogen hat, wenn es allzu bunt wurde. Er darf sich heute die Haushaltsreden der Fraktionen zum letzten Mal anhören und wird sicherlich im nächsten Jahr um diese Zeit etwas Besseres vorhaben. Er hätte sich sicher gewünscht, seinen letzten Haushalt mit besseren finanziellen Grunddaten einbringen zu können, aber die seit Jahren beklagte finanzielle Situation der Kommunen hat sich bis heute nicht verbessert.

Und das ist nicht – wie Landrat Patt gerne referiert – einer angeblich „erfolglosen Regierungspolitik in Berlin und Düsseldorf geschuldet“, sondern hier sind vielfältig Ursachen anzuführen.

Gerade auch die Ergebnisse des hektisch tagenden Vermittlungsausschusses zum Jahresende haben wenig Positives gebracht:

Die große Reform der Gewerbesteuer ist an der Blockade der Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag gescheitert, bei Hartz IV ist mit veralteten Wohnkostentabellen und nicht gesicherten Zahlen gearbeitet worden und auf unterer Ebene fordert der Landschaftsverband seinen Tribut.

Es ist zu hoffen und dafür kämpfen wir Grüne auf allen politischen Ebenen, dass die Kommunen die zugesagte Entlastung mit insgesamt 5 Milliarden Euro tatsächlich noch erreicht und dass endlich eine nachhaltige Gemeindefinanzierungs-Steuer eingeführt wird. Und auch bei Hartz IV achten Bündnis 90/Die Grünen im Rhein-Kreis Neuss seit Anfang an darauf, dass der Rhein-Kreis Neuss seinen Gestaltungsspielraum aktiv nutzt.

Aktive kommunale Beschäftigungsförderung bei Senkung der Transferleistungen war und ist immer unser Ziel.

Im Finanzausschuss wurden, weil kaum etwas zu verteilen war, nur wenige Anträge gestellt, umso wichtiger aber waren und sind die auch von den Grünen vorgelegten so genannten Haushaltsbegleitbeschlüsse. Sie befassen sich mit der Struktur des Haushalts und mittel- und längerfristigen Entwicklungen und verdeutlichen, dass die Kommunen und der Kreis in Zukunft auch über die Ausgabenseite verstärkt werden nachdenken und die Konsolidierung verantwortungsvoll vorantreiben müssen.

Das heißt jedoch nicht, mit dem Rasenmäher über alle so genannten freiwilligen Ausgaben zu wüten, wie die FDP es vorexerziert, oder allgemeine Globalabsenkungen vorzunehmen, wie die CDU es macht. Wichtig ist eine **differenzierte Aufgabenkritik**.

Nun komme keiner, der argumentiere, in Zeiten katastrophaler Finanzlage ließe sich nichts mehr einsparen. Das ist insoweit richtig, als man einem nackten Mann nicht in die Tasche greifen kann, doch ist der Kreis nicht nackt, und der Kreistag deshalb, gerade auch im Hinblick auf das nächste Haushaltsjahr gefordert, die Aufgabenkritik konsequent, detailliert und mit qualitativen statt rein quantitativen Maßstäben fortzuführen – und das heißt auf mittlere Sicht nicht nur Sparen! Grüne sind hier kreativ und optimistisch.

Bekanntlich macht man oft dann nur Fortschritte, wenn man nicht mehr weiter weiß ...

Zu einer kreativen Aufgabenkritik gehört auch ein **Personalentwicklungskonzept** statt pauschaler Stellenkürzungen, wie die HH-Begleitbeschlüsse der CDU es vorsehen. Wohin dies führt, zeigt die Streichung von Stellen im Schulpsychologischen Dienst. Wer nur ein wenig die Verhältnisse an den Schulen im Rhein-Kreis Neuss kennt, der weiß, wie der Bedarf an Beratung aufgrund tief greifender gesellschaftlicher, gerade auch familiärer Veränderungen gewachsen ist.

Beratung brauchen dabei auch die Lehrerinnen und Lehrer, um die vielfältigen neuen Anforderungen professioneller als bisher bewältigen zu können. Und da ist es nicht förderlich, wenn plumpe Scherze wie „richtig, die Lehrer gehören zum Psychologen“ in die Debatte eingestreut werden, um die Argumente der Grünen lächerlich zu machen. **Unser Antrag, die drei gestrichenen Stellen im Schulpsychologischen Dienst wieder zu besetzen, wurde jedenfalls pauschal, nur quantitativ begründet, abgelehnt.**

Ein Personalentwicklungskonzept, das auch die zu erwartenden Veränderungen in Folge von Hartz IV mit aufnimmt, gäbe dem Kreistag ein Instrument an die Hand, mit dem er begründet über Personalveränderungen entscheiden könnte. Das aber lehnen die Kreisverwaltungsspitze in trauter Eintracht mit der CDU-Spitze ab. Warum orientieren Sie sich nicht an den Erfahrungen in den Kommunen des Kreises, die dieses Instrument selbstverständlich anwenden? Was haben Sie eigentlich zu verstecken? Wie sehen Sie eigentlich die Rolle des Kreistags? Soll er da nicht mitreden dürfen? - Eines von mehreren Beispielen dafür, welches Gefährdungspotenzial für demokratische Prozesse in absoluten Mehrheiten liegt. Ein Gefährdungspotenzial, das uns auch an die Vorgänge um das Neusser Schützenmuseum erinnert. Das war auch so eine Null-Demokratie-Nummer, die mit der Demontage des kulturpolitischen Sprechers der CDU endete.

Mit Spannung erwarten wir auch die Prüfung für den geplanten **Zonser Parkplatz**. Kaum hat der Landschaftsbeirat dieses Projekt mit guten Argumenten für die Umwelt abgelehnt, schon tönt der **Kreistagsabgeordnete Kress, übrigens Mitglied des Landes-Umweltausschusses**, er werde den Parkplatz politisch herbeiführen. Wie schon in der Diskussion um das Wasserentnahmeentgelt und den Emissionshandel zeigt er einmal mehr, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wurde, von nachhaltiger Umweltpolitik ist er Lichtjahre entfernt. Nun hat sich der Landrat eingeschaltet und die Kreistagsfraktion der Grünen ist sich sicher, wie das Ganze im Kreisausschuss ablaufen wird. Die Rollen sind – wie immer – verteilt, das Theater kann losgehen.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN werden jedenfalls alles versuchen, zu verhindern, dass die CDU mit Ihrer noch absoluten Mehrheit den Naturschutz in Zons aushebelt.

Oder der neueste Coup: Wir erfahren aus der Zeitung, wer der nächste Kämmerer werden soll. Anders als überall üblich hält man es noch nicht einmal für nötig, die anderen Fraktionen wenigstens über diesen - natürlich legitimen - Beschluss direkt zu informieren.

Das ist **Politik von oben herab, die nach Gutsherrenart Entscheidungen verkündet**, ohne sich dessen bewusst zu sein, welchen Flurschaden sie anrichtet. Das ist Politik, die in ihrem Raumschiff schwebt, völlig losgelöst von der Erde. Und über den Wolken muss dann die Freiheit wohl grenzenlos sein. Eine Freiheit, die – how bizarre – ihre Blüten treibt und ein Verständnis von Kreispolitik offenbart, das nach allen Regeln der Medienkunst organisiert wird und sich an zwei neudeutschen Modernismen orientiert: **Fake und Event!**

Wer die **Inszenierung der zurückliegenden Kreisausschusssitzungen** Revue passieren lässt, wird feststellen, dass – mit Ausnahme der Sitzung am vergangenen Mittwoch – jeweils der Tagesordnungspunkt am wichtigsten war, der nicht auf der Tagesordnung stand.

Eingeleitet durch eine wichtige Information des Landrates, eine Bemerkung des CDU-Fraktionsvorsitzenden oder durch eine Tischvorlage wurde eine Debatte über ein angeblich vorher nicht absehbares Thema bzw. Problem so vom Zaun gebrochen, dass deren Verlauf beim interessierten Zuhörer den Eindruck verstärkte, es gehe hier gar nicht darum, ein Problem zu lösen, sondern es gehe einzig und allein um ein medial erzeugtes Fake, um eine Scheinaktivität also, um diese übliche, inszenierte win-win-Situation: der Landrat und die CDU kommen in die Medien.

Die Rede ist von der **Sozialverträglichkeit der Umsiedlung in Zusammenhang mit Garzweiler II**. Erst wurden die Probleme aus der Bevölkerung und vom dortigen Bürgermeister formuliert, von den Grünen und vom Landrat aufgegriffen, von der Kreisverwaltung wieder kleingeredet, vom Jüchener Bürgermeister wieder dementiert und dies vom Umsiedlungsbeauftragten bestätigt. Der Landrat schwieg dazu. Alle waren wieder auf einem guten Weg und RWE galt als zuverlässig.

Ein paar Tage später: Erneute Kritik von den Sprechern der Umsiedler / Heimatvertriebenen. -

Besser kann kein von den Medien engagierter „spin doctor“ arbeiten. – „RWE ist zuverlässig, RWE unser Partner, RWE braucht gesichert Rahmenbedingungen“ – so und so ähnlich die Schlagzeilen.

Jedoch: das Problem an sich existiert und es ist viel zu ernst, um es nur demokratiepolitisch zu betrachten.

Von Dieter Patt, über Heinz Sahren und Hermann Gröhe bis Angela *Kohl*, pardon Merkel – die Position zum Emissionshandel lässt sich schnell zusammenfassen: Jürgen Trittin ist der Böse, der RWE daran hindert, die Verpflichtungen aus dem Garzweiler-Deal zu erfüllen.

Der hektische Reisetourismus in die RWE-Zentralen hinterlässt schleimige Spuren.

□

Kein Wort der Kritik am erpresserischen Verhalten des Konzerns,

□

kein Wort der Kritik, dass RWE den Schwarzen Peter für den Garzweiler-Ausstieg (Shareholder-Value lässt grüßen) dem Umweltminister zuschieben will,

□

kein Wort der Kritik, dass RWE sich zusammen mit der gesamten deutschen Industrie selbst verpflichtet hat, den CO²-Ausstieg kontinuierlich zu reduzieren,

□

kein Wort dazu, dass stattdessen kontinuierlich Arbeitsplätze abgebaut worden sind und auch zukünftig abgebaut werden.

□

Kein Wort zu den überhöhten Strompreisen, die nun wirklich die Unternehmen gefährden könnten.

Die CDU - außer Herr Wimmer, der ja schon früher Rheinbraun mit der Roten Armee verglichen hat - ist RWE gegenüber völlig unkritisch, ja sogar unterwürfig.

Auch unser Antrag, im Finanzausschuss, die restlichen freien **RWE-Aktien zu verkaufen** wurde mehrheitlich abgelehnt. Dabei gibt es gute Gründe dies zu tun.

Eine Expertise sagt:

„Viele Städte haben traditionell noch Anteile an der RWE-AG. Während dies in der Vergangenheit auch im Hinblick auf das kommunale Mehrfachstimmrecht sicherlich sinnvoll war, ist gegenwärtig kein Grund zu erkennen, der aus kommunaler Sicht notwendig erscheinen ließe, diese Aktien weiterhin zu halten. Tendenziell erscheint es unter nachhaltigen Renditegesichtspunkten ... wirtschaftlich sinnvoll, die gesamten Aktien zu veräußern.“

Diese Expertise – sie ahnen es schon – kommt aus einer Stadt, deren Verbindungen zu RWE immer sehr stark waren, in der der Konzern die nächste Stufe der Karriereleiter ausmachte – aus Neuss. Die Expertise stammt aus einem Brief des Bürgermeisters an die Fraktionen. Die Stadt Neuss geht einen unabhängigeren Weg, der Kreis nicht.

Die Grünen haben kreis- und landesweit immer davor gewarnt, sich an die Partikularinteressen eines Konzerns zu ketten und den Strukturwandel in unserer Region bis hin zum Strukturbruch laufen zu lassen.

Wir haben davor gewarnt, dass Monostrukturen krisenanfällig sind.

Nichts als das Abfeiern von guten Ergebnissen ist jedoch geschehen!

Doch bei genauerer Analyse resultiert die Stärke des Wirtschaftsstandortes Rhein-Kreis Neuss nicht primär aus dem Braunkohlegebiet, sondern aus der Rheinschiene, aus dem Industriestandort Dormagen und dem Überlaufbecken für Düsseldorf, der Stadt Neuss, als führendem Standort für Dienstleistungsunternehmen. Die Kaufkraft liegt in den Wohn- und Schlafstädten Meerbusch und Kaarst.

Von alledem, das wiederholen wir seit Jahren, drohen Grevenbroich und Jüchen abgekoppelt zu werden. Seit Jahren fordern wir ein Konzept, seit Jahren konkrete Maßnahmen des begleitenden Strukturwandels, aber offensichtlich liegt Kolumbien näher. Noch nicht einmal das gemeinsame Gewerbegebiet mit Mönchengladbach konnte vom Kreis Neuss mit Leben erfüllt und vermarktet werden.

Auch die hier in den letzten Jahren geäußerte Hoffnung, dass einige in der CDU den Mut aufbringen, mitzuhelfen, einen fairen Interessenausgleich zwischen Kreis und Stadt Neuss zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren und die Logik „Warum denn sachlich, wenn es auch persönlich geht“ durch adäquate Maßnahmen zu beenden, hat sich nicht erfüllt.

Bürgermeister und Landrat sind beide als Spitzenkandidaten gewählt. Deren Konflikt hat eine objektive und eine subjektive Seite. In ihren Rollenmustern spiegelt sich das. Ein Bürgermeister der starken und gewichtigen Stadt Neuss hat städtische Interessen zu vertreten, ein Landrat des Kreises Kreisinteressen.

Wenn nun aber objektiv vorhandene und nachvollziehbare inhaltliche Interessengegensätze persönlich überlagert werden und es dann noch dazu kommt, dass der Konflikt deshalb asymmetrisch wird, weil der eine gerne Bürgermeister in Neuss werden wollte, dem anderen aber der Kreis wegen der starken Stellung der Stadt in der Region völlig egal ist, wenn man weiter bedenkt, dass auf der einen Seite Herbert Napp eine relative Autonomie erlangt hat, die Ratsfraktion seiner Partei aber ein gewichtiger Gegenspieler darstellt, der übrigens zuerst an Neusser Partikularinteressen denkt und dann an die Partei, wenn man weiter bedenkt, dass auf der anderen Seite ein Medien-Landrat residiert, aufs Schild gehoben von einer überwiegend kaum wahrnehmbaren Kreistagsfraktion, die sich scheinbar, aber auch nur scheinbar, wir denken an die grauen Eminenzen, bereitwillig ins zweite Glied zurückzieht und dem Landrat das PR-Feuerwerk überlässt, darauf achtend, dass die Parteiinteressen ja nicht zu kurz kommen, wenn man diese Gemengelage analysiert, so kann daraus nur ein Schluss gezogen werden:

Das Verhältnis von Kreis Neuss und Stadt Neuss kann man nur dann zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger organisieren, wenn Bürgermeister und Landrat abgewählt und die absoluten Mehrheiten der CDU in Stadt und Kreis gebrochen werden !

- Nur dann kann eine gerechte und sachgerechte Sozialhilferegulierung entstehen,
- nur dann kann sich ein fruchtbares Arbeitsverhältnis zwischen den Kreiswerken Grevenbroich und den Stadtwerken Neuss entwickeln,
- nur dann kann das know how der Stadtwerke Neuss in der Organisation des ÖPNV kreisweit nutzbar gemacht werden und
- nur dann können die Verwaltungs-Doppelstrukturen wie z.B. im Katasteramt in Neuss und wie die überzüchtete Wirtschaftsförderung des Kreises produktiv verändert werden.

Das Verhältnis von Kreis Neuss und Stadt Neuss muss endlich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger organisiert werden.

Die CDU schafft es nicht, den Interessenkonflikt aufzulösen, sie hat nicht die Kraft dazu. Wieder ist ein Jahr vergangen, ein weiteres Jahr der verpassten Gelegenheiten!

Neu ist allerdings die Frage, warum der Rhein-Kreis Neuss, vertreten durch den Landrat, massiv einen Wettbewerber, die European Event, im Investoren-Bieterverfahren der Stadt Neuss „Galopp sucht mehr“ unterstützt und sich so in die Angelegenheiten der Stadt einmisch.

Damit hat sich der Kreis, mal wieder ohne Beratung in den Ausschüssen, positioniert und eine sachgerechte Prüfung seiner eigenen Umweltbehörde zur Farce gemacht. Denn, dass die Umwelt beeinträchtigt wird, steht außer Zweifel.

So schreibt Herr Wagenbach treffend in einem Leserbrief: „An Renntagen können Sie Globe, Landestheater, Krankenhäuser, Altenheime, Kirchen, Wohnen, Schlafen, Ruhe, Leben, Spazieren in der Stadt schlicht vergessen“ und fügt hinzu „Warum wird die politische (...) Energie nicht in Prozesse gesteckt, mit denen man das (...) Wohlergehen (...) wirklich verbessern kann?“

Die Antwort ist so einfach wie betrüblich: eine nachhaltige, eine stetige Politik bringt selten Schlagzeilen, ein Event aber umso mehr.

Heutzutage steht das kurzfristige Spektakel im Vordergrund, das geile Feeling, wenn die kleinen Roten im Kreis fahren und die Luder an den Boxen flanieren. „Advent, Advent – ein Lichtlein brennt“ fürs Gemüt, und „Event, Event – der Bolide rennt (der Motor brennt)“ für den Kick.

Die Frage ist, ob es Aufgabe der Kreispolitik ist, jedes Jahr eine neue „Zeitgeist-Sau“ durchs Dorf zu treiben und mitzuhelfen, dass Regionen und Landschaften beliebig und austauschbar werden, so wie es die Einkaufszeilen in unseren Städten schon geworden sind, alles nur Ketten, alles nur billig.

Wem nützt es, wenn tropische Landschaften in Brandenburg entstehen und ein subtropisches Badeparadies ins verlassene Braunkohlegebiet implantiert wird? (Übrigens: Wann kommt eigentlich „deep blue“?)

Wem nützt ein Motodrom in der Neusser Innenstadt?

Friedrich Hebbel, der kluge Zweifler, hat einmal - weit vorausblickend - geschrieben: „Die Menschen applaudieren zwar dem Feuerwerk, aber nicht dem Sonnenaufgang.“ Es erstaunte ihn, dass die Menschen sich von kurzen künstlichen Reizen viel stärker ansprechen lassen als vom Zauber des Natürlichen.

Eine Event-Politik mag zwar kurzfristig Respekt, Anerkennung und Applaus erheischen, dieses funkelnde und krachende Ereignis, das zwar unter vielen „Ahs“ und „Ohs“ des stauenden Publikums enorm viel Glitzern an den Himmel geworfen hat, das sich aber schnell als einmalig entlarvt, wenn die Blitze verglühen, der Rauch verfliegen und die Karawane weiter gezogen ist.

Übrig geblieben sind dann nur noch die ausgebrannten Hüllen, ein möglicherweise zufriedener Event-Manager und ein arbeitsloser Pyrotechniker.

Wie viel schwieriger ist dabei, eine wirklich nachhaltige, eine konzeptionelle Politik zu entwerfen, die klar sagen muss, was sie will, nicht nur für heute, sondern auch für morgen und für das, was im nächsten Jahrzehnt Realität werden soll, eine gestaltende Politik, die nicht die Taktik vor den Inhalt stellt und die die Ängste der Menschen ernst nimmt, sie aber nicht mit „tittyainment“ (zu deutsch: Brot und Spiele) versorgt, sondern

ihnen Perspektiven aufzeigt und bei ihnen Lust auf - an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientierte - Veränderungen weckt.

Im Kreis Neuss ist dies lange Zeit versäumt worden. Stattdessen werden Ängste geschürt.

Vulgärökonomen aus der CDU-Kreistagsfraktion tönen, die großen Konzerne bauten Arbeitsplätze wegen Umweltauflagen ab und seien in ihrer Existenz bedroht (da hätten sie aber schlecht kalkuliert), das Wasserentnahmeentgelt sei ein „Angriff auf die Arbeitsplätze“ und bei 10 Euro pro Person pro Jahr „eine unverträgliche Belastung der Bürger“, dies schade „der Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss“

Auch der Landrat wird in anderer Sache zitiert: „**Rettet unsere Heimatpolizei**“. Unwiderrspochen wird dann im Artikel des Boulevard-Blatts suggeriert, eine Polizeireform führe zu einem „Paradies für Verbrecher“.

Dabei ist eine Polizeistrukturereform nötig, um finanzielle Mittel wirksamer einzusetzen. Das Gebiet der Kreispolizeibehörde ist angesichts der global agierenden Kriminalität zu klein und muss in größeren Zusammenhängen aufgehen, ohne dass die Polizeiarbeit vor Ort beeinträchtigt wird, um zielgerichtet zu sein.

Für Hans-Ulrich Klose ist die **Erhöhung des Eigenanteils der Ersatzschulen** im nächsten Jahr um 1,5%, mithin 75 Euro pro Schüler „ein in der Geschichte noch nicht da gewesenes Täuschungsmanöver“.

Und auch Karl Kress setzt noch einen drauf: Die Zukunft der privaten Schulen sei in Gefahr, das alles, obwohl der Gesamtzuschuss für Ersatzschulen sowohl im Kreis als auch im Land trotz der prekären Finanzlage der öffentlichen Haushalte steigt.

Die privaten Ersatzschulen sind nicht bedroht. Sie können weiterhin die bunte Vielfalt der Schulen in NRW bereichern.

Nicht in Ordnung ist jedoch, dass zwei von ihnen durch vielfältige Maßnahmen und potente Geldgeber im Ergebnis so gestärkt werden, dass hinsichtlich der Möglichkeiten kommunaler, weiterführender Schulen eine erhebliche Schiefelage entsteht. Damit spreche ich nicht gegen Wettbewerb und nicht gegen die Unterstützung von Eigeninitiativen der Schule, - wir unterstützen auch nach Kräften das Sportinternat in Knechtsteden, wenn auch die Gesamtschule Nievenheim mit einbezogen wird, - wir wenden uns lediglich gegen die massive Klientelpolitik, die noch nicht einmal Chancengerechtigkeit anstrebt.

Man kann auch fragen, ob es nicht angesichts der im Rhein-Kreis Neuss geordneten Bildungslandschaft systemfremd ist, dass der Kreis neben den Berufbildungszentren und den Sonderschulen zwei weiterführende private Schulen alimentiert. Gut immerhin, dass der Landrat auf unsere Kritik reagiert und nachgefragt hat, warum am Gymnasium Marienberg, so exorbitante Steigerungen im Bereich der Energiekosten zu verzeichnen sind und zugesagt hat, dass Energiecontracting an allen Kreisschulen zu forcieren.

Wachsam sind wir auch, weil die Internationale Schule (ISR) und die anderen neuen privaten Einrichtungen wie JMS als **Einstieg in die Privatisierung des Bildungswesens** geplant sind. Hier sind wir gerne Bedenkenräger, denn die schlechten Erfahrungen aus den USA zeigen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann. **Bildung wird zur Ware, zu einer Frage des Geldes mit all den sozialen Folgen: „Klippschulen“ für die Armen, gut ausgestattete für die Wohlhabenden.**

Das, meine Damen und Herren, ist – ich wiederhole es gerne - genau die falsche Antwort auf Pisa.

Auch die Ökosteuer muss für die abenteuerliche Kritik eines CDU-Abgeordneten-Trios wieder einmal herhalten: „Trotz im Moment gültiger Sonderregelungen stehen die Preise (der energieverbrauchenden Unternehmen) immer im Risiko durch neue Effekte aus der Ökosteuer negativ beeinflusst zu werden.“

Auf Deutsch: Das Böse ist immer und überall!

Das Risiko, was hier deutlich wird, geht nicht von der Ökosteuer aus, sondern von den worst-case-Propheten der CDU, die hier kompletten Unsinn verzapfen und Mephisto-gleich, die Kraft verkörpern, „die stets verneint“.

Dass aber Kreispolitik auch schwierige Probleme angehen und sachgerecht bearbeiten kann, zeigt – nach anfänglichen Querelen – die **Grundwasserkommission** des Kreises, im Juni 2000 von den Grünen durch Kurt Christian gefordert, aber erst später beschlossen, die beharrlich und stetig mit Hilfe der Landesregierung die Möglichkeiten abarbeitet, die Korschenbroich vor dem „Absaufen“ (anders kann man es ja nicht mehr nennen) bewahren sollen. Trotz Meinungsverschiedenheiten in Details, insbesondere bei kurzfristigen Maßnahmen und im Satzungsrecht, wird dort im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine konstruktive Lösung für das Grundwasserproblem gesucht.

Die Grünen arbeiten mit Kräften daran, dass eine tragbare Lösung unter Einschluss und Beteiligung der Betroffenen und Nichtbetroffenen zustande kommt. Wir setzen dabei auch auf Mediation.

Ähnliches gilt für **Schloss Dyck**. Der Landrat betont immer wieder, was - ich zitiere – „u n s“ hier bisher gelungen ist, er meint damit sicher, ohne es explizit zu sagen, die Kreispolitik, die Landesregierung, die Eigentümer und noch viele andere. Schloss Dyck ist ein Gemeinschaftswerk und es ist noch viel zu tun.

Hier sind wir tatsächlich – trotz der schwierigen Bedingungen – auf einem guten Weg und wissen um die Unterstützung durch Minister Vesper.

Auch **Sinsteden** ist – nach Jahren der Irritation – auf den richtigen Weg gebracht worden.

In allen Bereichen wird jedoch eher geräuschlos an der Sache gearbeitet werden müssen. Sie eignen sich nicht für kurzfristige Triumphe, für eine parteiblinde mediale Vermarktung. Hier überwiegt auch das positive Denken.

Ob uns dies auch beim Problem **Fluglärm** im Kreis Neuss gelingen wird, bleibt abzuwarten. Kreistagsabgeordnete aus CDU und SPD machen sich ja stark für den Ausbau der Flughäfen. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit gefragt.

Sie sehen, wir lehnen den Haushalt aus grundsätzlichen, aber vielfältig verdeutlichten Erwägungen ab.

Die Politik der CDU bereitet unseren Rhein-Kreis Neuss nicht auf die Anforderungen der Zukunft vor. Der Strukturwandel läuft auf Hochtouren, aber das Kreisentwicklungskonzept ist im Tiefschlaf und die CDU auch. Im Traum stammelt sie matt: weiter so wie früher! Das war bei Kohl so, dessen Regierung notwendige Reformen verschlafen hat, und das ist hier bei uns so.

Georg Friedrich Lichtenberg hat einmal geschrieben:

„Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird, wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden.“

Gerade in diesen schwierigen Zeiten braucht der Rhein-Kreis Neuss eine neue Perspektive. Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Rhein-Kreis Neuss sind bereit zu gestalten. GRÜN wächst. Sie können es in diesen Tagen überall sehen ...